

(Eine Bäckerversammlung.) Unter dem Vorsitz des Verbandsvorstandes J. M. Giles nahm kürzlich der Niederösterreichische Bäckerverband in einer im großen Festsaal der Wiener Bäckergemeinschaft stattgefundenen und zahlreich besuchten Versammlung zu verschiedenen, das Bäckergewerbe intensiv berührenden Fragen Stellung. Das Hauptreferat über die Art der Mehluweisung erstattete Verbandssekretär Weber, der mit seinen Ausführungen bei den Versammelten wiederholt stürmische Kundgebungen gegen die Kriegsgetreideverkehrsanstalt auslöste. Er betonte, daß die ungerechte Mehluverteilung, beziehungsweise die Bevorzugung der Brotfabriken gegenüber den Bäckern, schon seit Kriegsbeginn herrühre. Auch von den Mehlsquisitionen wurden nur die Bäder und nicht die Brotfabriken getroffen. Die Bevorzugungen der Fabriken nahmen mit der Gründung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt derart an Umfang zu, daß die Existenz des Bäckergewerbes schwer gefährdet war. Besonders schlecht sei die Lage der Bäder auf dem flachen Lande, die so wenig Mehl zugewiesen erhalten, daß sie zur Brotversorgung der Einwohnerschaft von den Wiener Brotfabriken Brot beziehen müssen. Der Redner beantragte eine Resolution, in welcher gegen die fortdauernde Begünstigung der Brotfabriken in der Mehluweisung durch die Kriegsgetreideverkehrsanstalt protestiert und betont wird, daß durch die Zuweisung besserer Mehluqualitäten die Brotfabriken auf Kosten der Bäder große geschäftliche Vorteile genießen, ein Tatbestand, der auch von der Gemeinde Wien bestätigt wird. Schließlich wird in dieser Entschließung das Ernährungsamt gebeten, diese unhaltbaren, jeder Gerechtigkeit höhnsprechenden Zustände zu beseitigen. Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Kommerzialrat Breunig sprach über die Maßnahmen, welche die Brotfabriken hinsichtlich des Nachtarbeitsverbotes genießen. In den Bäckereibetrieben darf bekanntlich in der Nachtzeit nicht gearbeitet werden, nur die Brotfabriken können in der Nachtzeit arbeiten. Redner fordert die Aufhebung der Nachtarbeit auch in den Fabriken. Die Unterbrotfabrik erzeugt nach ihrer Angabe wöchentlich 1 1/2 Millionen Brotlaibe, ungefähr die Hälfte des gesamten Brotbedarfes pro Woche. Von diesen 1 1/2 Millionen Brotlaiben entfallen kaum 400,000 Laibe auf die Nachtarbeit. Auf diese 400,000 Laibe müßte die Fabrik zugunsten der Bäckereibetriebe, die nachts nicht arbeiten dürfen, verzichten. Die Wiener Bäder würden mit der Erzeugung dieser 400,000 Laibe spielend fertig, und seien die Einwendungen von gewisser Seite, daß die Brotversorgung durch Einstellung der Nachtarbeit in den Fabriken gefährdet würde, nicht stichhaltig. Verbandsvorstandsvizepräsident Mayer besprach die Schwierigkeiten, die sich der Mehluzufuhr im Winter entgegenstellen werden. Bei der unzureichenden Fütterung der Pferde und den durch das Winterwetter verursachten schlechten Straßenzuständen werde es unmöglich sein, das Mehl vom Handelslai in die äußeren Bezirke zu verschleppen. Es wird sich die Zentralisierung der Mehlabgabe während des Winters als dringend notwendig herausstellen. Das Mehl könnte leicht durch die Elektrische in die äußeren Bezirke zu bestimmten Plätzen verschifft werden, von welchen Plätzen die Bäder der Umgebung das Mehl entsprechend der Zuweisung abholen würden. Sonst könnte es leicht geschehen, daß einzelne Bäckereibetriebe ohne Mehl bleiben und die bei diesen Bäckern rationierten Kunden kein Brot bekommen. Reichsratsabgeordneter Dr. Matzka

betonte die Notwendigkeit der Erhaltung der kleineren und mittleren Gewerbe, der Staat müsse der Erhaltung eines kräftigen und leistungsfähigen Gewerbestandes das größte Augenmerk zuwenden. Insbesondere das Bäckergewerbe Wiens, das einen Wertzuwachs genieße, verdiene es nicht, zugrunde gerichtet zu werden. (Beifall.) Es sprachen hierauf noch Gemeinderat Körber und andre Versammlungsteilnehmer.